

Appenzellerland

«Uns wurde ein Ultimatum gestellt»

Herisau Die Ankündigung der Regierung, im Krombach alternativ zum «Sonneblick» die Einrichtung eines Asylzentrums zu prüfen, löst Ärger aus. CEO Paola Giuliani sagt, dass der Spitalverbund vom Kanton zur Räumung des betreffenden Gebäudes gezwungen wurde.

Monika Egli/Claudio Weder
redaktion@appenzellerzeitung.ch

«Der Kanton plant schon seit längerem eine andere Nutzung des Gebäudes», hiess es aus dem Gesundheitsdepartement, als das Wohn- und Pflegezentrum (WPZ) Krombach der Psychiatrischen Klinik in Herisau dieses Jahr aufgelöst wurde. Nun kennt man die Umnutzungspläne: Der Kanton «prüft eine Alternative zum geplanten Asylzentrum «Sonneblick» in Walzenhausen». Er prüfe, ob sich ein Asylzentrum in eben diesem Haus einrichten lasse, hiess es in einer Medienmitteilung vom Mittwoch.

Die Frage, ob der Spitalverbund AR (SVAR) mehr oder weniger sanft genötigt wurde, das Haus zu räumen, drängt sich auf. Paola Giuliani, CEO des SVAR, antwortet: «Mit der Rückgabe des Leistungsauftrags WPZ wurde das Haus 7 mit dem Umzug der Bewohner frei. Während der Verhandlungen hat der Kanton zunehmend Druck aufgebaut, und der Finanzdirektor hat dem SVAR 2017 ein Ultimatum für die Leerung des Gebäudes per Ende 2018 gesetzt.» Wie sie weiter ausführt, konnte der SVAR eine Verlängerung um drei Monate – bis 31. März 2019 – erwirken, um die geordnete Abwicklung des WPZ-Projektes nicht zu gefährden. «Viel später wurde eine Verlängerung des Mietverhältnisses angeboten, damit wir Haus 7 als Rochadefläche nützen können, um die Sanierung des Psychiatrischen Zentrums rascher abschliessen zu können. Bis Montagabend, 5. November 2018, haben wir von den Plänen der Regierung nichts gewusst.»

«Sonneblick» gelassen, Politiker empört

Die Pläne des Kantons betreffen in hohem Masse auch die Stiftung «Sonneblick». Adrian Keller, Geschäftsleiter der Stiftung, bleibt gelassen. Wenn der noch hängige Entscheid vor Obergericht zu ihren Gunsten ausfalle, bleibe alles beim alten, so habe er Landammann Paul Signer in einer Radiosendung verstanden. «Aber natürlich machen wir uns trotzdem Gedanken, wie es hier weitergehen könnte, falls es zu einer Kündigung des Mietvertrages kommt.»

Mit einer Mitteilung hat sich Renzo Andreani, Gemeindepräsident von Herisau, sofort zu Wort gemeldet. «Der Gemeindepräsident ist von Regierungsrat Matthias Weishaupt weniger als 24 Stun-



In der ehemaligen psychogeriatrischen Klinik des Psychiatrischen Zentrums könnte ein Asylzentrum entstehen. Bild: Claudio Weder

den vorher über das Geschäft in Kenntnis gesetzt worden.» Der Gemeinderat sei irritiert, dass dieser Entscheid ohne Einbezug der Standortgemeinde gefällt worden ist. «Das ist für uns nicht die ideale Art der Zusammenarbeit.» Der Entscheid werfe auch inhaltliche Fragen auf, zum Beispiel, ob es sinnvoll sei, wenn auf dem Areal der Psychiatrischen Klinik ca. 80 Flüchtlinge untergebracht würden. Andreani verweist auf die Zentrumslasten, welche Herisau im Auftrag aller Gemeinden bereits trage, indem hier die Beratungsstelle für Flüchtlinge geführt werde. «Der Gemeinderat fordert den Regierungsrat dezidiert auf, weitere Alternativen zu prüfen.»

Die SVP Herisau titelt ihre Mitteilung mit «Kampfansage». Sie zeigt sich «konsterniert», dass Herisau noch mehr aufgebürdet werden soll, und schreibt: «Die Gemeinde Herisau stellt heute 29 Pro-

zent der Ausserrhoder Wohnbevölkerung, während 57 Prozent aller Flüchtlinge ihren Wohnsitz in Herisau haben.» Die geplante, überproportionale Zuweisung von Asylsuchenden an die Gemeinde berge Gefahrenpotenzial für das Dorf, die Bevölkerung und die Region. «Eine weitere Asylunterkunft mit 80 Personen überspannt den Bogen eindeutig.» Die SVP Herisau will sich mit allen Mitteln gegen das geplante Vorhaben wehren und ruft zum Widerstand auf.

Das Anwohnerkomitee fordert anderen Umgang

Hanspeter Baumgartner findet eine positive und eine negative Sache am Entscheid der Regierung, eine Alternative für das Asylzentrum zu prüfen. Das Positive: «Die letzten zwei Jahre wurden wir als Anwohnerkomitee nie ernst genommen – jetzt hören uns die Regierung und

die Verantwortlichen vom «Sonneblick» auf einmal zu.» Auf der anderen Seite, sagt Hanspeter Baumgartner, «waren wir nie gegen das Asylzentrum – wir finden nur, dass es zu gross ist». Hätte man vorher mit ihnen gesprochen, hätte man bestimmt eine Lösung gefunden. «Doch wir wurden stets ignoriert. Es ist traurig, dass man als normaler Bürger bis zum Obergericht gehen muss, damit man ernst genommen wird.» Baumgartner kritisiert das Verhalten der Regierung und fordert von ihr, mit den Leuten anders umzugehen, mit ihnen schon im Vorfeld zu kommunizieren, sich auf Gespräche einzulassen und gemeinsame Lösungen zu finden. «Die Art und Weise, wie die Regierung mit unseren Anliegen umgegangen ist, ist miserabel.» Da das Rechtsverfahren noch nicht geschlossen ist, «geht der Kampf für uns weiter.»

Kommentar

Und wieder nichts als Ärger

Die direkt Betroffenen fühlen sich vor den Kopf gestossen: Der federführende Regierungsrat Matthias Weishaupt hat sie einmal mehr viel zu kurzfristig über die neusten Pläne zum Asylzentrum informiert. Das kommt bekannt vor, denn in der Causa «Sonneblick» war die Kommunikation von Anfang an eine lausige. In Walzenhausen und jetzt auch beim Spitalverbund und in Herisau kann man ein Lied davon singen. Selbst die Staatswirtschaftliche Kommission bemängelte die Kommunikation aus dem Departement Gesundheit.

Noch ist die Mitteilung aus dem Regierungsgebäude offen formuliert. Man prüfe und kläre ab. Die Vorgehensweise des Regierungsrats weist aber auf einen gereiften Plan hin. Der Kanton wolle, wie es in früheren Mitteilungen hiess, eine Neunutzung des fraglichen Gebäudes bei der Psychiatrischen Klinik. Dass der Spitalverbund genötigt wurde, das Gebäude zu räumen, wusste die Bevölkerung bis dato nicht. Das fragliche Haus diene 50 Bewohnern als psychogeriatrisches Alters- und Pflegeheim und rund 50 Mitarbeitenden als Arbeitsort. Wieso also ein Ultimatum zur Leerräumung stellen, wenn nicht konkrete Pläne mit einem zeitlichen Faktor vorhanden waren?

Es ist unbestritten, dass sich der Kanton wappnen muss, weil 2021 voraussichtlich die «Landegg» geschlossen wird. Er muss Plätze für Asylsuchende zur Verfügung stellen und das Projekt «Sonneblick» könnte scheitern. Dass man dazu das kantonseigene Gebäude im Krombach ins Auge fasst, ist aus Sicht der Regierung nicht abwegig. Es bleibt aber unverständlich, dass die direkt involvierten Personen und Gremien in der Angelegenheit Asylzentrum noch nie frühzeitig einbezogen wurden. Mit Widerstand ist bei solchen Vorhaben immer zu rechnen, eine offene Kommunikation würde aber zumindest nicht auch noch Wut und Frustration auslösen.

Am Rande sei noch erwähnt, dass es nicht nur mit der Kommunikation schiefläuft. Auch der seinerzeitige Vertrag mit dem «Sonneblick» wurde – trotz gut bestückter Rechtsabteilung im Departement Gesundheit – laienhaft aufgegleist. Statt zuerst die Baueingabe abzuwarten und dann erst den Vertrag zu machen, ging man den umgekehrten Weg. Das hat zur Folge, dass die Steuerzahler per Ende 2018 bereits mehr als eine halbe Million Franken an Mietgeld für die zwei leer stehenden Häuser bezahlt haben werden.

Regierung wehrt sich gegen Vorwürfe

Nachgefragt Die Ausserrhoder Regierung verteidigt ihr Vorgehen in Bezug auf eine mögliche Umnutzung des Wohn- und Pflegezentrums (WPZ) Krombach in ein Asylzentrum. «Wir sind sehr überrascht über die Reaktionen seitens der Gemeinde», sagt Landammann Paul Signer. Man habe zwar mit Kritik gerechnet und man wisse, dass dieses Thema immer Emotionen und Widerstand hervorruft. «Aber es geht in einem ersten Schritt lediglich um eine Prüfung. So haben wir das auch kommuniziert», so Signer. Dass seitens des Gemeinderates der Vorwurf besteht, zu spät in die Entscheidung einbezogen worden zu sein, irritiert Signer: «Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder man prüft im stillen Kämmer-

lein und kommuniziert die Entscheidung erst danach. Oder aber man informiert bereits bei der Prüfung. Wir haben uns bewusst für letzteres entschieden, auch um möglichen Gerüchten zuvorzukommen.» Der Entscheid, das WPZ als möglichen Standort für ein Asylzentrum zu prüfen, sei am Dienstag gefällt worden. Ins Auge gefasst hatte man das Gebäude vor einigen Wochen. Da zum jetzigen Zeitpunkt noch nichts entschieden sei, könnten Direktbetroffene ihre Meinung jetzt kundtun. «Die Regierung ist nach wie vor der Überzeugung, dass eine Vorinformation über die Prüfung der richtige Weg ist», so Signer. Der Ausserrhoder Landammann betont mehrfach: «Wir halten wenn möglich am Standort Wal-

zenhausen fest und sind zuversichtlich, dass der Entscheid des Obergerichtes positiv ausfällt.» Die Regierung sei nach



Landammann Paul Signer. Bild: PD

wie vor der Überzeugung, dass der «Sonneblick» die beste Lösung ist. «Wir wollen uns aber nicht dem Vorwurf aussetzen, dass wir keine Alternativen geprüft haben.» Als Alternative kämen laut Signer nur Gebäude in Frage, die dem Kanton gehörten und für welche keine Miete gezahlt werden müsse. «Hier haben wir nicht allzu viele Möglichkeiten.»

Den Vorwurf, die Regierung habe den SVAR quasi genötigt, aus dem Gebäude auszuziehen, kann Paul Signer hingegen nicht ganz entkräften: «Dass die Aussagen einzelner Mitglieder des Regierungsrates so aufgefasst worden sind, ist denkbar. Der Regierungsrat als ganzes Gremium hat allerdings nie Druck ausgeübt.» (pag)



Monika Egli
monika.egli@
appenzellerzeitung.ch